



Installation einer Videoüberwachungsattrappe

Die Installation einer Videoüberwachungsattrappe fällt nicht unter das Gesetz über die Information und den Datenschutz (IDG, [LS 170.4](#)). Sie stellt jedoch einen Eingriff in Persönlichkeitsrechte dar.

Das IDG gilt für den Umgang öffentlicher Organe mit Informationen (§ 1 Abs. 1 IDG, § 2 IDG). Informationen sind grundsätzlich alle Aufzeichnungen, welche die Erfüllung einer öffentlichen Aufgabe betreffen, unabhängig von ihrer Darstellungsform und ihrem Informationsträger (§ 3 IDG). Das Bearbeiten von Informationen umfasst jeden Umgang, insbesondere das Beschaffen, Aufbewahren, Verwenden, Umarbeiten, Bekanntgeben oder Vernichten (§ 3 IDG).

Eine Videoüberwachungsattrappe zeichnet keine Informationen auf. Es kommt also nicht zu einer Bearbeitung von Informationen. Demzufolge ist das IDG nicht anwendbar.

Jede tatsächliche oder vorgetäuschte Überwachung stellt jedoch einen Eingriff in die Persönlichkeitsrechte der betroffenen Person dar. Das Gefühl des Überwachtwerdens und eine mögliche Änderung der Verhaltensweise sind denkbare Folgen, unabhängig davon, ob eine tatsächliche Überwachung stattfindet oder nicht. Unter diesem Aspekt sind die Installation einer Videoüberwachungsanlage oder einer entsprechenden Attrappe gleich zu bewerten. Der mit der Attrappe verbundene Eingriff in die Persönlichkeitsrechte ist in die Abwägung der verschiedenen Vor- und Nachteile einer solchen Installation mit einzubeziehen.

Zu beachten ist auch, dass öffentliche Organe in guten Treuen zu handeln haben und sich die betroffenen Personen auf ein solches Vorgehen verlassen dürfen. Auch dieser Aspekt ist zu bedenken, bevor eine Videoüberwachungsattrappe installiert wird.